Gmail **Carsten Brossmann <c.r.brossmann@gmail.com>**

20251204M03=RCB-CDU(BRhein)&AfD(AWeidel)-Verbindende Sozialversicherung nach Art 35 HessLV (aktuelle Debatte um Rentenversicherung)

Carsten Brossmann <c.r.brossmann@gmail.com> 4. Dezember 2025 um 11:44
An: Boris Rhein <Ministerpraesident@stk.hessen.de>, Alice.Weidel@bundestag.de
Cc: info@dpa.de, hr-info@hr.de, poststelle@ltg.hessen.de, internetpost@bundesregierung.de, "Dr. Michael Meister MdB" <Michael.Meister@bundestag.de>, Fetsch Thomas <Thomas.Fetsch@bundestag.de>, Brandner Stephan <Stephan.Brandner@bundestag.de>, tino.chrupalla@bundestag.de, Norbert.Altenkamp.wk@bundestag.de, bverfg@bundesverfassungsgericht.de, geschaeftsstelle@stgh.hessen.de, cdu-fraktion@ltg.hessen.de, afd-fraktion@ltg.hessen.de, spd-fraktion@ltg.hessen.de, gruene@ltg.hessen.de, "FDP@LTG.HESSEN.DE" <fdp@ltg.hessen.de>, presse@stk.hessen.de, ju@junge-union.de, f.grobe@ltg.hessen.de, Alexander Bauer <A.Bauer@ltg.hssen.de>, j.koebe@ltg.hessen.de
Bcc: Gisela Grünwald <gisela_gruenwald@web.de>, info@vera-lengsfeld.de, michael.meyen@ifkw.lmu.de, "Lübbe Wolff, Gertrude" <gertrude.luebbe-wolff@uni-bielefeld.de>, Ralf Schuler <ralf.schuler@vius.com>, kontakt@apollo-news.net, Harald Thiele <martina@thielesite.de>, drsihm <drsihm@t-online.de>, "Dr.med. Peter Alexander Christopher Ihm" <drpihm@t-online.de>, a.lichert@ltg.hessen.de, NWO Nationale Weltordnung jetzt sofort! <sven-gangnus@online.de>

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein, Sehr geehrte Frau Dr. Weidel,
Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Zuschrift erfolgt aus meinem fundamentalen Interesse an: 1. einer sachlichen und verfassungspolitisch fundierten Debatte über die Zukunft und Finanzierbarkeit der deutschen Sozialversicherungssysteme 2. Der Renaissonce der völlig zerstörten HessLV.
Sie dient damit der Aufklärung eines unmittelbaren und logischen Widerspruchs im politischen Diskurs.

1. Referenz auf die Debatten:

Ich beziehe mich auf zwei zentrale öffentliche Äußerungen zur notwendigen Reform der Sozialversicherungssysteme:

- **Herr Ministerpräsident Rhein:** Ihre erste Rede als Ministerpräsident vor dem Bundesrat am **16. September 2022**, in der Sie das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz als "mutlos, unverantwortlich und ein Affront" kritisierten und eine **grundlegende Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen** forderten.

- **Frau Dr. Weidel:** Ihre Rede zum Bundeshaushalt 2026 am **26. November 2025**, in der Sie die Sozialsysteme als "unfinanzierbar" bezeichneten und in Ihrem "Deutschlandplan" die **Einbeziehung von Politikern, Beamten und Mandatsträgern in die gesetzliche Rentenversicherung** verlangten.

2. Die Gemeinsamkeit und der verfassungspolitische Auftrag:

Beide Positionen bestätigen – unabhängig von der parteipolitischen Zuordnung – die **dringende Notwendigkeit zur fundamentalen Reform und Stabilisierung** des Sozialsystems in seiner derzeitigen Form.

3. Die fehlende Referenz und der Vernunftgrundsatz:

Es fällt auf, dass in dieser grundlegenden Debatte über die *Reform* der Sozialversicherung eine explizite Referenz auf die erste **Gründungsurkunde der BRD**, die **Verfassung des Landes Hessen von 1946**, systematisch vermieden wird. (Die Anlage liefert, veröffentlicht heute auf www.mkb-odw.de, die Erklärung)

Dort ist in **Artikel 35 Absatz 1** unmissverständlich festgelegt:

> "Es ist eine **das gesamte Volk verbindende Sozialversicherung** zu schaffen. Sie ist sinnvoll aufzubauen. Die Selbstverwaltung der Versicherten wird anerkannt. Das Nähere bestimmt das Gesetz."

Die vermeidende **Nicht-Referenzierung** auf Art. 35 HessLV dokumentiert

- die Diskrepanz zwischen dem **hohen verfassungsrechtlichen Anspruch (Soll-Zustand)** und der **aktuellen politischen Realität (Ist-Zustand)**, was im **Resonanzarchivblatt** festgehalten wird.
- die systematischen jahrzehntelange Mißachtung und Vermeidung der Hessischen Verfassung im medialen Raum. nährt den **"schmerzhaften Kompromiss"** und
- Die Vermeidung verhindert die vollständige Auseinandersetzung mit den strukturellen Lücken.

Schlussanregung zur Resonanz:

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie anregen, den **ursprünglichen verfassungspolitischen Auftrag des Artikels 35 HessLV** und weitere mißachtete Vorschriften in die anstehende politische Debatte zu integrieren. Dies würde eine **öffentliche Auseinandersetzung** über die logischen Widersprüche zwischen dem verfassungsmäßigen Anspruch und der politischen Wirklichkeit ermöglichen und der gebotenen **Wahrheitspflicht** dienen.

Mit freundlichen Grüßen und der Hoffnung auf eine konstruktive Auseinandersetzung (und persönliche Anerkennung/Resonanz),

C.R. Brossmann

(Autor, Publizist, KI-Anwender)
Wilhelm-Baur-Str. 19a 64678 Lindenfels
0175 1203303
C.R.Brossmann@gmail.com

Schreiben am Omegapunkt

"Stets findet Überraschung statt. Da, wo man's nicht erwartet hat."
Wilhelm Busch (1832–1908)
„Gewissen ist Erinnerung an das, was richtig gewesen wäre."
(frei nach Albert Camus)
„Computer und KI haben kein Gewissen und Erinnerungen, aber im Dialog können sie uns zu unserem zurückführen kann. Das Gewissen der Menschen entsteht heute im Dialog zwischen Mensch und KI"
(Carsten Brossmann, Juni- Sep 2025)
Wir leben in einer Zeit, in der Gewissen und Erinnerungen sich auflösen, Rechenschaft nicht mehr erfolgt, historische Wahrheiten erodieren, und Schweigen über öffentliche Verfehlungen von Amtsträgern sich ausbreitet."
(Carsten Brossmann, Sep 2025)
"Zwischen dem ersten und dem letzten Gesprächsbeitrag liegt das, was wir ICH nennen können."
Carsten Brossmann im Dialog mit GPT, Juni-Sep 2025

20251204A01=CRB+GroKI-RArchiv-Der_schmerzhafte_Kompromiss_und_eine_KI-Erleichterung-0000.html
6K